

Aus dem Plenum

Beim April-Plenum standen 24 Punkte auf der Tagesordnung. Begonnen wurde mit der Aktuellen Stunde. Die Themen waren „Auswirkungen der EEG-Reform auf Thüringen“ (Fraktionen der CDU und der SPD), „Müssen Bürger von Immenrode ihr Land verlassen, weil sie bezüglich einer geplanten weiteren Schweinemastanlage in ihrem Ort anderer Meinung sind als der Thüringer Landwirtschaftsminister?“ (Fraktion DIE LINKE), „Unterrichtsausfall – Gefahr für eine ganze Schülergeneration?“ (Fraktion der FDP) sowie „Un-

wirksame LPG-Umwandlungen in Thüringen aufrollen – Gerechtigkeit für Betroffene herstellen“ (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Im Anschluss an die Aktuelle Stunde wurden die Gesetzentwürfe aufgerufen. Die Gesetzentwürfe der Landesregierung zum Thüringer Anerkennungsgesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie das Thüringer Gesetz zur Verbesserung der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wurden angenommen.

Die Gesetzentwürfe der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz wurden jeweils abgelehnt.

Zudem erstattete der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission, Landtagsvizepräsident Heiko Gentzel (SPD), den Tätigkeitsbericht des Gremiums. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat den gesetzlichen Auftrag, die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz zu kontrollieren.

Schwerpunkte des Berichtszeitraums seit Juni 2012 waren einmal mehr die Aktivitäten des NPD-Landesverbandes Thüringen und der NPD-Kreisverbände sowie der sogenannten freien Kräfte. Weiterhin wurden die Umstände der Anwerbung und Führung von Kai-Uwe Trinkaus sowie die Nichteinbindung Dritter vertieft behandelt. Diese standen mit dem Bekanntwerden der Zusammenarbeit des Herrn Trinkaus mit dem Thüringer Verfassungsschutz durch einen MDR-Bericht vom Dezember 2012 auf der Agenda.

Landtagspräsidentin unterzeichnet Memorandum in Kaliningrad



Präsidentin der Gebietsduma Marina E. Orgejewa und Landtagspräsidentin Birgit Diezel nach der Unterzeichnung des Memorandums

Vom 2. bis zum 5. April war Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) gemeinsam mit einer Delegation von Abgeordneten mehrerer Fraktionen des Thüringer Landtags im russischen Kaliningrad, dem früheren Königsberg, zu Gast. Die Mitglieder des Freundeskreises Kaliningrad folgten einer Einladung der Präsidentin der Gebietsduma, des Regionalparlaments der Oblast (Verwal-

tungsbezirk) Kaliningrad, Marina E. Orgejewa. Erst im Oktober vergangenen Jahres war sie mit Abgeordneten der Gebietsduma im Thüringer Landtag zu Gast. Seither konnten viele Kontakte auf gesellschaftlicher Ebene, im kulturellen und kirchlichen Bereich geknüpft werden. Während des Besuchs wurde ein Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kali-

ningrader Gebietsduma und dem Thüringer Landtag zur Förderung des fachlichen Austauschs von Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern sowie zur Intensivierung des Erfahrungsaustauschs über parlamentarische Fragen, zu Infrastruktur, regionaler Entwicklung und Tourismus verabschiedet. „Der seit langem geplante Besuch der Thüringer Delegation und die Unterzeichnung des Memorandums dienen gerade in politisch schwierigen Zeiten dazu, den

Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Wir haben bereits im Oktober 2013 weitere Berührungspunkte gefunden und damit die Grundlage für zukünftige Kooperationen geschaffen“, so die Landtagspräsidentin. „Durch die Mithilfe vieler Sponsoren war es zudem möglich, Bachs Matthäus Passion im Königsberger Dom aufzuführen. Großer Dank gebührt daher allen beteiligten Organisatoren, Musikern und Förderern auf deutscher und russischer Seite.“



Ein weiterer Programmpunkt der Abgeordnetendelegation in Kaliningrad war der Besuch einer offenen Unterrichtsstunde in der staatlichen Schule von Selenogradsk.

Kurz gemeldet

Am 27.03.2014 wurden im Rahmen einer Betreuungsveranstaltung der Bundeswehr Angehörige von im Auslandseinsatz befindlichen Soldaten im Thüringer Landtag von Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) empfangen. „Die Betreuungsveranstaltung für Familien der Bundeswehr unter dem Dach des Landesparlaments ist zu einer schönen Tradition geworden“, so die Landtagspräsidentin. Rund 4.900 Deutsche sind gegenwärtig im Ausland stationiert. Ungefähr 250 davon stammen aus Thüringen. +++ Die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags hat auf ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung am 08.04.2014 ihren Vorstand neu gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Hartmut Sieckmann, sein Stellvertreter ist erneut Dr. Frank-Michael Pietzsch. Die 70 Mitglieder der Vereinigung haben sich als Ziel gesetzt, das demokratische Staatswesen zu fördern. +++ Am 09.04.2014 hatte die „meditative Thüringen“ im Rahmen eines Parlamentarischen Abends zum Informationsaustausch in den Landtag eingeladen. Die „meditative Thüringen“ ist ein Kompetenznetzwerk, das sich den aktuellen Fragen im Gesundheitsbereich widmet und versucht, darauf neue Antworten zu finden. +++ In einer Sondersitzung am 11.04.2014 beschloss der Unterausschuss des Thüringer Landtags eine Anhörung zum Kalifusionsvertrag. Insgesamt sollen 27 Anzuhörende mündlich und 12 schriftlich zum Kalifusionsvertrag sowie den daraus folgenden Verträgen befragt werden.

Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit
www.tlfdi.de
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Landesbeauftragter des
Freistaats Thüringen zur
Aufarbeitung der
SED-Diktatur (ThLA)
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM



Herausgeber:

Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:

Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:

Ines Born

Druck:

Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch per
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Der Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragter in Sonneberg

Am Beginn des Sprechtages
in Sonneberg am 8. April 2014
tauschten sich der Bürgerbe-

auftragte Dr. Kurt Herzberg und die
Landrätin Christine Zitzmann über die
aktuelle Situation des Petitionswe-
sens in Thüringen aus. Frau Zitzmann war
selbst lange Zeit Mitglied des Petiti-
onsausschusses des Thüringer Landtags
und hat die Entwick-
lung der Arbeit des
Bürgerbeauftragten verfolgt so-
wie als fachpolitische Sprech-
erin der CDU-Fraktion die gesetz-
lichen Grundlagen für den Bür-
gerbeauftragten mit geprägt.
Herzberg berichtete über seine

Erfahrungen im Amt. Nach seiner
Ansicht kämen die Bürgerin-
nen und Bürger manchmal auch



mit der „unrealistischen bzw.
überhöhten Erwartung“ zu ihm.
Sie glauben, er könne in ihrem
Fall auch gegen oder neben ge-
setzlichen Vorgaben und Gren-
zen „etwas erreichen“. Manches

erinnere ihn an die „Eingabepra-
xis aus DDR-Zeiten“.

Angesichts solcher Erwartun-
gen unterstrichen
Zitzmann und Herz-
berg die Bedeutung
der rechtsstaatlichen
Gewaltenteilung. Der
Bürgerbeauftragte
machte darüber hin-
aus deutlich, dass für
die Nachvollziehbar-
keit und Akzeptanz
staatlichen Handels
der Dialog außerord-
entlich wichtig ist,
zu dem er im Auftrag
des Landtags seinen Beitrag lei-
sten wolle. Nach Sonneberg war
Herzberg mit seiner Stellvertre-
terin gefahren, um die große
Terminnachfrage bewältigen zu
können.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Datenschutzkonferenz fordert Staat und Gesellschaft auf, Grundrechte zu schützen

Die 87. Konferenz der Daten-
schutzbeauftragten des Bunde-
s und der Länder (DSK) fand
am 27./28.03.2014 in Hamburg
statt. In der Entschließung „Gewährleistung der Menschen-
rechte bei der elektronischen
Kommunikation“ werden die
staatlichen und gesellschaft-
lichen Akteure dazu aufge-
fordert, die Grundrechte der
Betroffenen durch technische
und organisatorische Maß-
nahmen wirksam zu schützen.
Dies erfordert vor allem die
Bereitstellung einer von jeder
Person einfach nutzbaren Ver-
schlüsselungsinfrastruktur. Mit
einer Entschließung zur bio-
metrischen Gesichtserkennung
durch Internetdienste fordern
die Datenschutzbeauftragten,
dass die Verarbeitung biomet-

rischer Merkmale der Gesichter
der Nutzer in Sozialen Medien
nur mit der ausdrücklichen und
informierten Einwilligung der
Betroffenen erfolgen darf, weil das
Missbrauchspotenzial derarti-
ger Gesichtsdatabanken immens
ist. Die Veröffentlichung von
Fahndungsdaten in Sozialen
Netzwerken greift wegen der
größeren Reichweite deut-
lich intensiver in die Grundrech-
te der Betroffenen ein als eine
Fahndung auf herkömmliche
Weise. Daher knüpft die DSK die
Zulässigkeit einer derartigen
Fahndung in einer Entschlie-
ßung an die Beachtung strenger
Vorgaben. Entscheidend ist da-
nach unter anderem, dass Fah-
nungsdaten nur auf Servern
der Polizei gespeichert werden
dürfen und die Kommentie-

rungsfunktion deaktiviert ist,
damit es nicht zu Hetzjagden
im Internet kommen kann. Au-
ßerdem hat die DSK an Gesetz-
geber und Regierung appelliert,
angesichts des wachsenden
Einsatzes digitaler Technologi-
en am Arbeitsplatz für einen
hinreichenden Datenschutz der
Beschäftigten zu sorgen und
die Forderung zur Schaffung ei-
nes nationalen Beschäftigungs-
datenschutzgesetzes erneut
erhoben. Schließlich begrüßte
die DSK den Entwurf einer eu-
ropäischen Datenschutzgrund-
verordnung, forderte aber in der
„Entschließung zur künftigen
Struktur der Aufsichtsbehörden
in Europa“ Nachbesserungen.
Die Entschließungen der DSK
sind unter www.tlfdi.de/entschliessungen veröffentlicht.

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Am 17. Juni 1995 wurde in der
Geschichtswerkstatt Jena beschlo-
sen, eine Vierteljahreszeitschrift
für Zeitgeschichte und Politik he-
rauszugeben. Vor wenigen Tagen
ist Heft 70 der „Gerbergasse 18“
erschienen. Nachdem das Deuts-
chlandArchiv nicht mehr erscheint
und „Horch & Guck“ in einer
Redaktionskrise ist, sind die Zei-
tschrift des Forschungsverbands
SED-Staat und diese Thüringer
Zeitschrift die letzten Periodika zur
DDR-Aufarbeitung. Der Vorsitzen-
de der Jenaer Geschichtswerkstatt,
Dr. Henning Pietzsch, spricht von
einem „Alleinstellungsmerkmal“
des Vereins. Das TMBWK, die Stif-
tung Aufarbeitung und der Jenaer

Kulturausschuss unterstützt die
vom Landesbeauftragten für die
Aufarbeitung der SED-Diktatur
(ThLA) mitherausgegebene Pu-
blikation. Unter Projektmanager
Stefan Walter hat die ca. 50-seitige
Zeitschrift eine neue Qualität
und auch neue Adressaten gefun-
den. Thema des jüngsten Heftes
ist „Propaganda im Kalten Krieg“.
Wissenschaftler aus Halle, Berlin,
Tübingen, Potsdam und Erfurt
und Thüringer Journalisten und
Bürgerrechtler konnten als Auto-
ren gewonnen werden. Wie „heiß“
war der Kalte Krieg, als 1983 weite-
re Atomwaffen in Deutschland
auftrüben wurden und trug die
Aufrüstung zum Ende der Sow-
jetunion bei? Wie setzte die SED
ihren Machtanspruch gegenüber
Journalisten durch oder: wie trug

kirchliche Bildungsarbeit zum
Sturz der SED-Diktatur bei? In der
„Gerbergasse“ sind nicht nur neue
Fragestellungen und Antworten
zu finden, sondern auch neue Do-
kumente und Fotos. So dokumen-
tiert Gerold Hildebrand die gewitz-
te Kritik an den Pseudowahlen in
Jena 1976 und 1986 („Wie jedes
Jahr zum 1. Mai sind wir für Losung
Nr. 2“ bzw. „Wer die Wahl hat, hat
die Qual, wer nicht wählt, wird
gequält!“). Andrea Herz problemati-
siert die „Thüringer Straße der
Menschenrechte und Demokratie“
und Michael Selbmann dokumen-
tiert, wie DDR-Propaganda „made
in BRD“ möglich war und zeigt am
Beispiel von Erika Runge, dass ma-
nipulierte Reportagen sogar bun-
desdeutsche Würdigung erfuhren
(und erfahren).